

Rede (ca. 20 Min.) der Niedersächsischen Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Cornelia Rundt, anlässlich der Veranstaltung der Landesarmutskonferenz zum Thema „Reichtum. Macht. Armut. Wie viel Ungleichheit verträgt die Gesellschaft am 17.10.2017 in Hannover

Sehr geehrte **Frau** Susanne **Kremer** (stellvertr. Ver.di Landesbezirksleiterin),

sehr geehrter **Herr** Klaus-Dieter **Gleitze** (Geschäftsführer LAK),

meine sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir nachhaltig etwas erreichen wollen im Kampf gegen Armut, wachsende Ungleichheit und soziale Ausgrenzung braucht es eine breites gesellschaftliches Bewusstsein und Lösungsstrategien für dieses komplexe und vielschichtige Thema.

Das Thema ist eines meiner Kernthemen. Daher bin ich Ihrer Einladung gerne gefolgt.

Deutschland ist ein reiches Land! Wir verfügen über ein Pro - Kopf Einkommen, das zu den höchsten der Welt gehört. Viele Menschen besitzen ein beträchtliches Vermögen und unsere Gesundheitsversorgung ist grundsätzlich vorbildlich.

Aber Deutschland ist in den letzten Jahren leider auch ein sehr ungleiches Land geworden. Es gehört zu den Industrieländern mit der höchsten Ungleichheit am Markteinkommen, einem hohen Unterschied bei der Vermögensverteilung und bei den Bildungschancen. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander.

Armutsgefährdungsquote 2016 Niedersachsen

Dieser Trend zeigt sich auch in Niedersachsen.

Nach den aktuellen Zahlen des Landesamts für Statistik lag die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2016 bei 16% und entsprach damit dem Niveau des Vorjahres (15,9%). Sie lag in Niedersachsen um 0,3 % höher als im bundesdurchschnitt.

Fast ein Sechstel der Bevölkerung d.h. 1, 25 Millionen Menschen war in Niedersachsen von Armut bedroht. Die Armutsquote liegt damit auf dem höchsten Stand seit dem Jahr 2005.

Auffällig ist dabei, dass - wie in den Vorjahren - immer dieselben sozialen Gruppen identifiziert werden, die sehr stark von Armut betroffen sind:

Hier ist zunächst die Gruppe der Menschen ohne Erwerbseinkünfte zu nennen. Hier liegt die Armutsgefährdungsquote bei knapp 55 %.

Auch die Alleinerziehenden sind signifikant hoch von Armut betroffen, auch wenn die Quote hier leicht rückläufig ist. Die Quote liegt bei knapp 45% (-1,7 %).

Besonders bedrückend ist die Armut von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Im Jahr 2016 war mehr als jede bzw. jeder fünfte arm (21,1%).

Aber auch bei Menschen mit einem niedrigen Qualifikationsniveau (31,9%) oder bei Menschen mit Migrationshintergrund (30,9 %) ist die Armutsgefährdungsquote unverhältnismäßig hoch.

Betonen möchte ich dabei, dass Armut und wachsende Ungleichheit nicht nur ein soziales Problem ist. Steigende Chancenungleichheit gefährdet auch unseren Bildungs- und Wirtschaftsstandort.

Armut führt zu einer fehlenden sozialen und politischen Teilhabe und gefährdet letztlich auch den sozialen Frieden und damit auch unsere Demokratie.

Wer arm ist und sich nicht wahrgenommen fühlt, geht häufig nicht zur Wahl oder wählt aus Protest extreme und/ oder populistische Parteien. Die demokratischen Entscheidungsprozesse sind damit klar gefährdet.

Armut führt schließlich dazu, dass Menschen sich nicht mehr ausreichend um ihre Alters- und Gesundheitsvorsorge kümmern können.

Wir sind daher alle aufgerufen, uns für mehr Chancengerechtigkeit einzusetzen, wenn wir Deutschland zukunftssicher gestalten wollen.

Und ich habe den Eindruck, dass dies gerade aktuell deutlich, wenn auch sehr schmerzhaft, in das Bewusstsein der öffentlichen Meinung und der politischen Entscheidungsträger gerückt ist.

Selbst führende Wirtschaftsvertreter haben eine hohe soziale Ungleichheit und die steigende Armutsquote als Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes erkannt. Hier müssen endlich Taten folgen!

Für mich ist es völlig klar, dass die Bekämpfung von Armut eines der wichtigsten politischen Handlungsfelder ist. Wir haben daher als Landesregierung in den letzten vier Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen und Programmen eingeführt, um Armut zu bekämpfen.

Lassen Sie mich heute nur einige wesentliche Aspekte und Maßnahmen ansprechen:

Alleinerziehende

Fast jede zweite Alleinerziehende, in den allermeisten Fällen sind es Frauen, ist von Armut bedroht.

Es kann und darf nicht sein, dass Armutsgefährdung steigt, wenn Menschen in einer bestimmten Familienform leben. Deshalb muss sich der Abbau von Armut, insbesondere von Kinderarmut, auch und primär an der Situation von Alleinerziehenden orientieren.

Erwerbsarbeit, d.h. sozialversicherungspflichtige gute Arbeit ist der beste Schutz vor Armut. Da sind Frauen nach wie vor benachteiligt, hier ist noch viel zu tun.

Die Niedersächsische Landesregierung hat eine klare Haltung, um die Einkommenssituation von Frauen zu verbessern:

- Wir haben eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns mit initiiert,
- wir haben uns gegen die Ausweitung von Minijobs ausgesprochen
und
- wir haben das Entgelttransparenzgesetz der Bundesregierung zum Abbau von Lohnungleichheit unterstützt, das im Juli 2017 in Kraft getreten ist.

Bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden als ein wesentlicher Schlüssel für eine größere Erwerbsbeteiligung von Frauen gesehen.

Um Familien zusätzlich zu unterstützen, haben wir das Ziel, den gesamten Besuch einer Kita in Niedersachsen beitragsfrei zu gestalten.

Auch arbeiten wir hier in Niedersachsen sehr praxisnah an der Verbesserung der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit unterschiedlichen Maßnahmen und Initiativen.

Dazu nur einige Beispiele: Mittlerweile werden niedersachsenweit 25 Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft gefördert, die Frauen beim beruflichen Wiedereinstieg beraten und qualifizieren.

Und schließlich hat sich auch die vom Land initiierte Fachkräfteinitiative Niedersachsen das Ziel gesetzt, gemeinsam die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu fördern und die Arbeitswelt familienbewusster zu gestalten.

In der gemeinsamen Arbeit mit den wesentlichen Wirtschaftsverbänden und Arbeitsmarktakteuren werden geeignete Maßnahmen entwickelt, initiiert und umgesetzt.

Nur mit einer familienbewussten Personalpolitik in den Unternehmen kann es gelingen, Frauen und Männern ein ausgewogenes Leben mit Kindern und Berufstätigkeit zu ermöglichen und zu erleichtern.

Kinderarmut

Kinderarmut hat viele Dimensionen: nicht nur materielle Armut, sondern auch erhöhte Gesundheitsrisiken, Bildungsarmut, mangelnde Versorgung, fehlende Förderung und geringe kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe gehören dazu.

Die Vielschichtigkeit dieses Problems erfordert abgestimmte Strategien, gezielte Leistungen und regional differenzierte Vorgehensweisen.

Die Bekämpfung von Kinderarmut ist mir und der Landesregierung ein zentrales Anliegen.

Kinder sind das wertvollste Gut unserer Gesellschaft, denn sie werden mit großem Entwicklungspotenzial geboren. Können sie dieses Potenzial aufgrund ihrer familiären Situation nicht nutzen, dann ist Hilfe von außen notwendig.

Je früher diese Hilfe einsetzt, desto besser ist der Start der Kinder und desto besser auch ihre weitere Entwicklung.

Die Landesregierung unterstützt daher eine ganze Reihe von Angeboten früher Hilfen und Projekte zur Teilhabe von Kindern.

Förderschwerpunkte aus dem Bereich der frühen Hilfen sind der Einsatz von Familienhebammen sowie die Weiterentwicklung von Netzwerken Früher Hilfen.

Neben den Frühen Hilfen haben wir das Projekt „Mitten drin! Jung und aktiv in Niedersachsen“ auf den Weg gebracht. Ziel ist es, Mädchen und Jungen, die aufgrund unterschiedlicher Problemlagen ihrer Familien am gesellschaftlichen Rand stehen, zu fördern und sie zu ermutigen, ihr Lebensumfeld aktiv mitzugestalten.

Positive Erfahrungen und die Stärkung eigener Kompetenzen sind wesentlich, um Benachteiligung entgegen zu wirken. „Mitten drin!“ zielt besonders auf die Förderung von Sprach-, sozialer und emotionaler Kompetenz.

Für die Bekämpfung von Kinderarmut ist nicht zuletzt entscheidend, ob eine ausreichende finanzielle Absicherung zur Verfügung steht.

In den letzten zwei Jahren ist einiges geschehen, das Familien in Deutschland hilft: So sind die Erhöhung von Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld sowie die Anhebung des steuerlichen Freibetrages für Alleinerziehende wichtige – wenn auch nicht ausreichende - Instrumente, um Armutsrisiken von Familien zu vermindern und zugleich Erwerbsanreize zu setzen.

Auch möchte ich Ihre Aufmerksamkeit noch einmal auf die aktuelle Diskussion im Zusammenhang mit der Ermittlung der Regelsätze für Kinder lenken.

Die bedarfsgerechte und transparente Ausgestaltung der Regelsätze insbesondere für Kinder ist ein Anliegen, welches ich seit Jahren verfolge.

Die Leistungen sind viel zu gering bemessen und erfordern darüber hinaus einen bürokratischen Aufwand, der in keiner Weise vertretbar ist.

Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat zuletzt am 04. November 2016 in seiner Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf zur Neuermittlung der Regelbedarfe eine bedarfsgerechte Ermittlung der Regelsätze für Kinder gefordert.

Dies wurde noch nicht in unserem Sinne umgesetzt und hier müssen wir dran bleiben.

Fazit ist, dass auch die genannten Neuregelungen der letzten Jahre es also noch nicht geschafft haben, Kinderarmut in den Griff zu bekommen.

Das Geld ist da, kommt ganz offensichtlich nicht zielgenau bei den betroffenen Kindern an. Aktuell haben wir über 150 monetäre familienbezogene Leistungen, deren Inhalte in der Gesamtheit niemand mehr durchschaut und die zum Teil sogar gegensätzliche Ziele fördern. Wir brauchen also einen Denkmusterwechsel.

Ein neues wirksameres System wäre eine „Kindergrundsicherung“. Es handelt sich hierbei um ein in der Politik und bei Verbänden diskutiertes Modell.

Danach wird jedem Kind ein auskömmlicher Betrag als eigener Rechtsanspruch zur Verfügung gestellt – und zwar unabhängig von der sozialen und familiären Herkunft.

Ein Betrag, der Kindern ein gesichertes und gleichberechtigtes Leben ermöglicht. Dabei sind die bestehenden Transferleistungen auf den Prüfstand zu stellen und als Gegenfinanzierung heranzuziehen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit Einführung einer Kindergrundsicherung über ein System verfügen werden, dass wirksam, kostengünstig und sozial gerecht ist und damit besser als die bestehenden Leistungen!

Unter Federführung des niedersächsischen Sozialministeriums wurde im Frühjahr eine Bund-Länder Arbeitsgruppe eingerichtet. Diese hat den Auftrag, die finanziellen, rechtlichen, organisatorischen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen für die Einführung einer Kindergrundsicherung überprüft.

Mir ist dabei natürlich bewusst, dass wir hier ein sehr dickes Brett bohren und wahrscheinlich erst in vielen kleinen Zwischenschritten zum Ziel kommen können.

Ich bin aber zuversichtlich, dass wir hier einiges für die Zukunft unserer Kinder erreichen können.

Soziale Wohnraumförderung

Soziale Problemlagen erfordern ein vielschichtiges Bündel an Maßnahmen.

Daher möchte ich noch den Blick auf ein weiteres Problem im Kontext der Armutsbekämpfung richten: die relativ hohen und steigenden Kosten für Wohnraum.

Wohnen wird im Verhältnis zum Nettoeinkommen immer teurer. Dies ist vor allem auf steigende Mieten zurückzuführen. Die Mietbelastungsquote, also der Anteil des verfügbaren Haushaltseinkommens, der für Miete aufgewendet werden muss, lag nach unserer aktuellen Sozialberichtserstattung bei fast 28 %.

Dies ist ein Anstieg von 4,5 Prozentpunkten gegenüber 2010.

Gerade für armutsgefährdete Menschen sind diese Wohnkosten eine hohe Belastung. Daher haben wir die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöht.

Bis 2019 stellen wir in Niedersachsen 800 Millionen Euro für den Bau von sozialgebundenen Wohnraum zur Verfügung.

Damit haben wir finanzielle Mittel in der Wohnraumförderung in einem Umfang bereitgestellt, wie wir sie seit 15 Jahren nicht mehr hatten.

Darüber hinaus haben wir uns für die Erhöhung des Wohngelds eingesetzt und die Ausgaben hierfür im Land um mehr als 50 % auf 115 Millionen Euro gesteigert. Die Hälfte dieser Summe wurde vom Bund erstattet. Dies trägt entscheidend dazu bei, armutsgefährdeten Menschen direkt zu helfen und gutes Wohnen zu ermöglichen.

Arbeitsmarktpolitik/ Initiative für Langzeitarbeitslose

Ein wichtiges Feld zur Bekämpfung der Armut ist der Arbeitsmarkt. Und deshalb haben wir in diesem Sommer gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr eine Initiative zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit gestartet.

Denn trotz einer günstigen konjunkturellen Entwicklung konnten in den vergangenen Jahren viele Langzeitarbeitslose nicht zu den Bedingungen des Marktes in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden.

Hier setzten wir mit unserem Programm an. Dies besteht aus zwei Bausteinen. Auf der einen Seite fördern wir bis zu 1000 Stellen öffentlicher Beschäftigung.

Dabei wird eine Arbeitsplatzprämie an Arbeitgeber gezahlt, die langzeitarbeitslose Menschen bis zu zwei Jahre sozialversicherungspflichtig einstellen.

Dadurch können Langzeitarbeitslose wieder Arbeitserfahrungen sammeln und so auch langfristig in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Als zweiten Baustein bieten wir ein umfassendes Coachingprogramm an. Wir wissen, dass langzeitarbeitslose Menschen und ihre Familien zum Teil auch gesundheitliche oder auch psycho-soziale Probleme haben, die als sogenannte Vermittlungshemmnisse die Eingliederung in den Arbeitsmarkt erschweren.

Daher bieten wir über die Jobcenter unterschiedlichste Coachingmaßnahmen an. Diese Programme vermitteln beispielsweise soziale oder methodische Kompetenzen, sie helfen bei der Organisation der Kinderbetreuung bzw. Pflege von Angehörigen.

Andere Maßnahmen unterstützen gezielt bei gesundheitsrelevanten Problemlagen oder auch komplexeren Problemlagen wie Suchtprobleme oder Schulden.

Für das gesamte Programm werden wir in den nächsten zwei Jahren insgesamt 20 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Das Programm richtet sich insbesondere an Personen über 35 Jahren bzw. an Leistungsberechtigte mit minderjährigen Kindern, vor allem Alleinerziehende.

Neben den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten selbst werden auch deren Familienmitglieder in den Blick genommen. Damit können wir der gesamten Familie eine neue Zukunftsperspektive geben.

Auch damit werden wir einen Beitrag zur Bekämpfung von Armut, insbesondere auch von Kinderarmut in Niedersachsen leisten.

Altersarmut: Maßnahmen im System der gesetzlichen Rentenversicherung

Schließlich möchte ich auf die Situation derjenigen eingehen, die im letzten Abschnitt ihres Lebens von Armut betroffen sind. Das sind insbesondere diejenigen Rentnerinnen und Rentner, die nur geringe Renten beziehen, über keine weiteren Einkünfte verfügen und daher nur schwer ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Schon heute gibt es viele Menschen, die lange Jahre hart gearbeitet haben und trotzdem nur eine Rente bekommen, die den Bezug von unterstützenden Leistungen der Grundsicherung im Alter erforderlich macht.

Hiervon werden zukünftig mehr Rentnerinnen und Rentner betroffen sein.

Gründe hierfür sind insbesondere:

- Eine Vielzahl von Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnbereich,
- Unterbrechungen in der Erwerbsbiographie durch Zeiten der Kindererziehung, Pflege von Angehörigen sowie von Arbeitslosigkeit,
- die Absenkung des Rentenniveaus,
- eine nicht ausreichende private Altersvorsorge unter der Problematik des aktuellen Niedrigzinsniveaus,
- eine Änderung des Unterhaltsrechts bei Ehescheidungen zu Lasten der Frauen.

Auch zukünftig muss sichergestellt werden, dass Rentnerinnen und Rentner in der Bundesrepublik den bisher gewohnten Lebensstandard im Alter aufrechterhalten können und nach langen Jahren harter Arbeit nicht von Altersarmut betroffen werden. Hierfür gilt es, die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Schluss

Armutsbekämpfung ist eine vielschichtige und große Herausforderung. Klar ist, die wachsende Ungleichheit ist kein Naturgesetz. Sie kann und muss reduziert, bekämpft und beseitigt werden.

Die Landesarmutskonferenz hat es sich dabei zur Aufgabe gemacht, gute Wege bei der Armutsbekämpfung zu finden und sie von Politik und gesellschaftlichen Gruppen einzufordern und diese auf dem Weg zu mehr Chancengerechtigkeit zu unterstützen.

Sie sind dabei ein wichtiger Diskussionspartner für uns, der mit spannenden Aktionen immer wieder den Finger in die Wunde legt. Dafür möchte ich Ihnen heute meine besondere Anerkennung aussprechen!

Ich danke Ihnen und allen, die sich gegen Armut stark machen. Nur gemeinsam können wir sozialer Ungerechtigkeit begegnen.